

■ FALLPAUSCHALEN

Jetzt sind die Arbeitgeber gefordert.

Seite 3

■ INTERVIEW

Auch innerhalb der SPD gibt es Stimmen zugunsten der Anerkennung des EuGH-Urteils.

Seite 4

■ ARBEITSZEIT

Überstundenbezahlung, neue Arbeitsorganisation, Zeiterfassung – am Arbeitsplatz Krankenhaus tut sich was.

Seite 5

■ DOKUMENTATION

Von der leidigen exakten Dokumentation der DRGs hängt für die Krankenhäuser ungemein viel ab.

Seite 6

■ SEMINARE

In dieser Ausgabe auf

Seite 7

■ KOMMUNIKATION

Im Arzt-Patienten-Verhältnis ist die richtige Kommunikationsform besonders wichtig.

Seite 9

■ LANDESVERBÄNDE

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 10 und 11

■ STELLENMARKT

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 14 und 15

Montgomery: „Ein fauler

Gesetz nahm im Bundesrat die letzte Hürde

Berlin (ass). Das Fallpauschalengesetz ist nun endgültig beschlossene Sache. Im Eilverfahren passierte es nach einem Änderungsvorschlag des Vermittlungsausschusses den Bundestag und einen Tag später den Bundesrat.

Eine Nachbesserung, die die Finanzierung der tatsächlichen ärztlichen Arbeitsleistung in deutschen Krankenhäusern sichergestellt hätte, fand bereits im Vermittlungsausschuss gegen die Stimmen von SPD und Grünen keine Mehrheit.

Zur Erinnerung: In den Vermittlungsausschuss war von den unionsregierten Ländern ein Antrag eingebracht worden, der vorsah, 500 Mio. Euro jeweils für die Jahre 2003 und 2004 für zusätzliches Krankenhauspersonal bereitzustellen. Bisher waren dafür lediglich jeweils 100 Mio. Euro unter bestimmten, sehr kompliziert formulierten Auflagen zugesagt. Das hätte einer Erhöhung des jährlichen Klinikbudgets um ein Prozent entsprochen. Gleichzeitig sah der Änderungsantrag vor, auf die Auflage zu verzichten, die Geldmittel u. a. nur dann fließen zu lassen, wenn auch die Gewerbeauf-



Protest (im Bild zum Auftakt der Tarifverhandlungen über krankenhausspezifische Regelungen) – Politik und Arbeitgeber wiegen sich noch immer in großer Sicherheit, beschäftigten in den Krankenhäusern gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen nicht

sichtsämter bestätigen, dass das Personal tatsächlich aufgestockt wurde.

Der zweite Teil des Antrages schaffte den Weg in das verab-

schiedete Fallpauschalengesetz.

MB-Vorsitzender Dr. Frank Ulrich Montgomery bewertete unmittelbar im Anschluss daran das Gesetz als faulen Kompro-

mis tier... her... lich... Ge...

Zweite Runde

Arbeitgeber stellen auf stur

Vorgelegtes Papier indiskutabel

Frankfurt (ass). In einem Punkt haben die Arbeitgeber Wort gehalten: Zum Auftakt der zweiten Verhandlungsrunde über krankenhausspezifische Arbeitszeitregelungen haben sie ein Papier vorgelegt – und was für eines. Von vielen anderen Verschlechterungen abgesehen, klammern sie mit einer unverföhrenen Hartnäckigkeit jeglichen Diskussionsbedarf über Regelungen des Bereitschaftsdienstes kategorisch aus.

Der Auftakt der Verhandlungen war begleitetet von einer Protestdemonstration, an der

Einziges Lichtblick in dieser zweiten Runde: Die Arbeitgeber möchten noch einmal in einem Papier die Vorstellungen der Gewerkschaften – Marburger Bund und ver.di – zur Bereitschaftsdienstregelung dargelegt bekommen. Und damit geht es dann am 14. März in die dritte Verhandlungsrunde. Dort wird der Marburger Bund konsequent seine Position in dieser Frage vertreten. Bis dahin werden von mehreren Gerichten auch noch Urteile zur EuGH-Problematik gesprochen werden.

